

2. Begründung zur 9. Änderung des Flächennutzungsplans Amt Gransee und Gemeinden

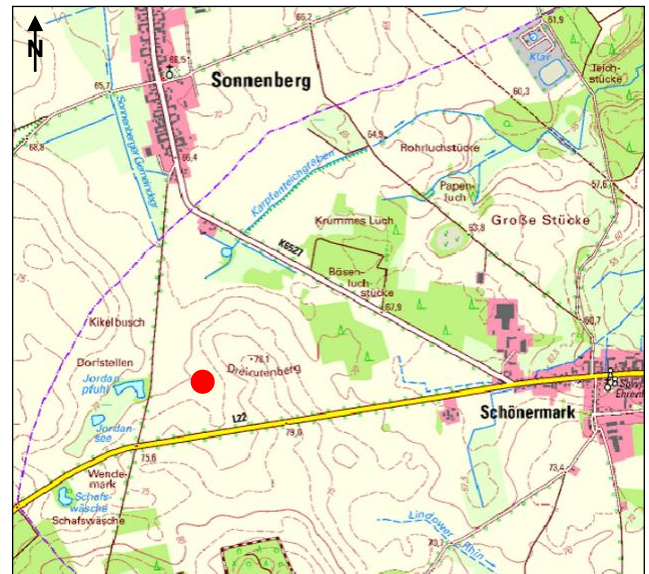
2.1 Lage und Einordnung der Änderungsbereiche

Die Gemeinde Schönermark liegt im Südwesten des Amtes Gransee und Gemeinden unmittelbar westlich der Stadt Gransee. Der Änderungsbereich der 19. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) des Amtes Gransee und Gemeinden befindet sich westlich der Ortslage Schönermark und südlich der Ortslage Sonnenberg im Bereich der offenen Feldflur unmittelbar nördlich der Kellerschen Straße / L22 und hat eine Größe von ca. 26 ha.

2.2 Erforderlichkeit der Planung

Anlass für die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes (FNP) des Amtes Gransee und Gemeinden ist das Planungsziel, im Gemeindegebiet zur Energiegewinnung durch regenerative Energietechniken eine Photovoltaikanlage zu errichten und zu betreiben. Konkret handelt es sich um einen Standort unmittelbar nördlich der Kellerschen Straße / L22 westlich des Siedlungsbereichs von Schönermark, der derzeit vollständig als Ackerfläche genutzt wird.

Mit dem Planvorhaben soll der Ausbau der erneuerbaren Energien weiter vorangebracht werden und dazu beitragen werden, den im Gesetz zu Sofortmaßnahmen für einen beschleunigten Ausbau der erneuerbaren Energien und weiteren Maßnahmen im Stromsektor vom 20. Juli 2022 deutlich angehobenen Ausbaukorridor für Solaranlagen von mindestens 215 Gigawatt (GW) im Jahr 2030 zu erreichen (aktuell ca. 63 GW installiert). Brandenburg hat sich mit der im August 2022 beschlossenen „Energiesstrategie 2040“ das Ziel gesetzt, bis 2045 klimaneutral zu werden. Bereits ab dem Jahr 2030 soll der Anteil der erneuerbaren Energien am Stromverbrauch bilanziell 100 % betragen. Insbesondere der Ausbau der Solaranlagen soll stark vorangetrieben werden. Ziel ist es, 33 GW Solaranlage-Leistung bis zum Jahr 2040 zu installieren, d.h. in etwa eine Versechsfachung der heutigen installierten Leistung von aktuell ca. 5 GW.



Lage im Amt Gransee und Gemeinden, Gemeinde Schönermark

Die durch die geplante Photovoltaikanlage gewonnene elektrische Energie soll in das öffentliche Versorgungsnetz eingespeist und regional verbraucht werden, wodurch sie zur Steigerung des Anteils von erneuerbaren Energien innerhalb des Strommixes des Landkreises Oberhavel und des Landes Brandenburg beiträgt. Als Einspeisepunkt wird ein bestehender Netzverknüpfungspunkt südöstlich von Gransee, in der Nähe des Ortes Klein-Mutz in ca. 13 km Entfernung, geprüft.

Grundsätzlich wird angestrebt, unmittelbar nach Vorliegen der rechtlichen Voraussetzungen mit der Errichtung der Photovoltaikanlage zu beginnen. Die Anlagenleistung beruht zum derzeitigen Planungszeitpunkt auf Annahmen und ist abhängig von der tatsächlichen Bauausführung und den wirtschaftlichsten Komponenten, welche zum Zeitpunkt der Umsetzung verfügbar sind. Aufgrund der Größe der vorgesehenen Anlage wird von einer Gesamtmodulleistung von etwa 30,8 MWp ausgegangen.

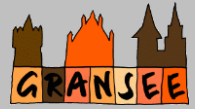
Großflächige Photovoltaikanlagen im Außenbereich, die sich nicht längs von Autobahnen und Schienenwegen in einer Entfernung von bis zu 200 Metern zu diesen befinden, sind keine privilegierten Vorhaben nach BauGB, sondern nur im Rahmen eines Bebauungsplanverfahrens zulässig. Die Gemeindevertretung Schönermark hat daher am 18.04.2024 die Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2 „Solarpark Kellersche Straße“ der Gemeinde Schönermark im Amt Gransee und Gemeinden gemäß § 2 Abs. 1 BauGB beschlossen. Planungsziel ist die Schaffung der planungsrechtlichen Voraussetzung für die Errichtung und den Betrieb einer Photovoltaik-Freiflächenanlage (PV-FFA). In städtebaulichen Verträgen mit dem Vorhabenträger soll u.a. die Dauer der zeitlichen Befristung und eine Rückbauverpflichtung geregelt werden.

Um die Entwicklungsfähigkeit des Bebauungsplanes Nr. 2 „Solarpark Kellersche Straße“ der Gemeinde Schönermark aus dem FNP des Amtes Gransee und Gemeinden und die Vereinbarkeit mit den Zielen der Landesplanung sicherzustellen, muss der Flächennutzungsplan entsprechend geändert werden. Die Änderung erfolgt im Parallelverfahren zur Aufstellung des Bebauungsplanes Nr. 2. Der Beschluss zur Aufstellung der 19. Änderung des FNP des Amtes Gransee und Gemeinden erfolgte in der Sitzung des Amtsausschusses am 07.10.2024.

2.3 Systematik der FNP-Darstellung

Für die 19. FNP-Änderung ist die Darstellungssystematik des Flächennutzungsplans Amt Gransee und Gemeinden maßgeblich:

Sonderbauflächen sind Flächen, deren Art der baulichen Nutzung sich wesentlich von den gesetzlich geregelten Baugebieten der Baunutzungsverordnung (§§ 2-10) unterscheiden. Dabei ist bereits auf FNP-Ebene die Zweckbestimmung anzugeben.



Die im Flächennutzungsplan dargestellten Flächen für die Landwirtschaft beziehen neben Ackerflächen, Wiesen und sonstigen Freiflächen im Außenbereich u.a. auch landwirtschaftliche Betriebsflächen mit ein.

Bei den im Flächennutzungsplan dargestellten Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft handelt es sich um:

- Flächen für Ausgleichsmaßnahmen,
- nachrichtlich übernommene festgesetzte Schutzgebiete nach §§ 23- 29 BNatSchG (Naturschutzgebiete, flächenhafte Naturdenkmale, Landschaftsschutzgebiete),
- nachrichtlich übernommene geschützte Teile von Natur und Landschaft gemäß §§ 17 und 18 und 31 BbgNatSchAG und § 30 BNatSchG (geschützte Alleen, Schutz bestimmter Biotope, geschützte Biotope).

Im rechtswirksamen Flächennutzungsplan des Amtes Gransee und Gemeinden werden in der Planzeichnung die bestehenden Waldflächen in ihrer derzeitigen Abgrenzung nachrichtlich als Waldflächen dargestellt.

2.4 Bisherige Darstellungen im FNP

Der Flächennutzungsplan des Amtes Gransee und Gemeinden in der Fassung der Bekanntmachung vom 18.03.2002 (Amtsblatt Gransee und Gemeinden vom 30.04.2002) stellt den Änderungsbereich als **Fläche für die Landwirtschaft** dar.

Der Änderungsbereich ist allseitig von Flächen für die Landwirtschaft umgeben. Unmittelbar südlich verläuft die Kellersche Straße / L 22, die im FNP als Straßenverkehrsfläche dargestellt wird. Im Westen vom Änderungsbereich befinden sich westlich des Weges nach Sonnenberg der Jordansee und der Jordanpfuhl, die als Naturdenkmal bzw. als Biotop-Komplex dargestellt werden (Flächen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Boden, Natur und Landschaft mit Kennzeichnung ND bzw. B_K).

Im Südosten werden beiderseits der Kellerschen Straße / L 22 und des Feldweges nach Süden gemäß § 31 BbgNatSchAG geschützte Allee nachrichtlich übernommen.

2.5 Ziele und Inhalte der Änderung

Die Änderung des Flächennutzungsplans soll auf der Ebene der vorbereitenden Bauleitplanung die Voraussetzungen für die Entwicklung einer Freiflächenphotovoltaikanlage bzw. eines Solarparks im Gemeindegebiet Schönermark schaffen. Parallel dazu wird mit gleichem Ziel der Bebauungsplan Nr. 2 "Solarpark Kellersche Straße" aufgestellt. In den Änderungsgebieten sollen eine Freiflächen-Photovoltaikanlage errichtet werden. PV-Freiflächenanlagen haben günstige Stromgestehungskosten und können zur Sicherung langfristig bezahlbarer und wettbewerbsfähiger Energiepreise beitragen.

Die im rechtswirksamen Flächennutzungsplan ausgewiesene Fläche für die Landwirtschaft wird in ein Sonstiges Sondergebiet mit der Zweckbestimmung „Photovoltaik“ geändert.

Die Photovoltaik-Anlage wird aus reihig angeordneten, aufgeständerten Solarmodulen sowie den erforderlichen Nebeneinrichtungen (Wechselrichter, Trafostationen, Zaun und Leitungen, Anlagen für die Energieeinspeisung) bestehen. Ein Zaun wird die Anlagenbereiche sichern. Die Module werden auf Stahl- bzw. Aluminiumgestellen aufgeständert. Die Gestelle werden in den vorhandenen unbefestigten Untergrund gerammt. In Abhängigkeit des Baugrundes sind auch Betonpunktfundamente möglich.

2.6 Anpassung an die Ziele der Landes- und Regionalplanung

Für Planungen und Maßnahmen der Gemeinde Schönermark ergeben sich die Erfordernisse der Raumordnung insbesondere aus dem Landesentwicklungsprogramm 2007 (LEPro 2007) vom 18.12.2007 (GBVI. I S. 235) und dem Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion Berlin-Brandenburg (LEP HR - GVBl. II 2019, Nr. 35), der am 01.07.2019 in Kraft getreten ist.

Das LEPro 2007 sieht in § 3 Abs. 1 vor, die Hauptstadtregion nach den Prinzipien der zentralörtlichen Gliederung zu entwickeln. Dabei soll die Siedlungsentwicklung gemäß § 5 Abs. 1 LEPro 2007 auf Zentrale Orte und raumordnerisch festgelegte Siedlungsbecken ausgerichtet werden. Innenentwicklung hat generell Vorrang vor Außenentwicklung und es werden verkehrssparsame Siedlungsstrukturen sowie eine verbrauchernahe Grundversorgung der Bevölkerung angestrebt. Gemäß § 6 LEPro 2007 sind siedlungsbezogene Freiräume für die Erholung zu sichern, ihre weitere Zerschneidung ist zu vermeiden. Freiräume mit hochwertigen Schutz-, Nutz- und Sozialfunktionen sollen in einem Freiraumverbund entwickelt werden.

Der LEP HR stuft die Gemeinde Schönermark gemäß Ziel Z 1.1 (Strukturräume der Hauptstadtregion) als Teil des weiteren Metropolraums ein. In der Festlegungskarte des LEP HR werden für den Änderungsbereich sowie dessen Umgebung keine Festlegungen getroffen. Widersprüche zu den Zielen und Grundsätzen der Raumordnung sind insofern nicht erkennbar.

2.7 Auswirkungen auf die Gesamtplanung

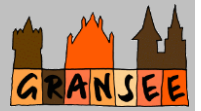
Erschließung

Die Erschließung des Änderungsbereichs erfolgt über die direkt angrenzende Kellersche Straße / L22. Innerhalb des Geltungsbereichs sind unbefestigte Wege zur Montage und Wartung der Anlage vorgesehen.

Ver- und Entsorgung

Die erzeugte elektrische Energie des Teilgebiets Photovoltaik wird in das bestehende Netz eingespeist.

Eine Versorgung mit Trinkwasser ist im Bereich einer Photovoltaikanlage nicht erforderlich. Eine Schmutzwasserentsorgung ist im ebenfalls nicht erforderlich, da innerhalb des Änderungsbereichs kein Schmutzwasser anfällt. Das Regenwasser soll auf den



Grundstücken versickert werden. Da es sich um einen sandigen Boden handelt, wird von einer guten Versickerungsfähigkeit ausgegangen. Durch das Vorhaben ist kein Siedlungsabfall zu erwarten.

Brandschutz

Das Amt Gransee und Gemeinden verfügt über eine anforderungsgerecht ausgestattete Freiwillige Feuerwehr mit Ortsgruppen im nahe gelegenen Sonnenberg sowie in der Stadt Gransee.

Bei sachgemäßer Planung, Installation und Wartung, wie in den Fachregeln der „Brandschutzgerechten Planung, Errichtung und Instandhaltung von PV-Anlagen“ (DGS 2011) zusammenfassend dargestellt, sind PV-Anlagen sicher und es besteht ein geringes Brandrisiko. Eine Brandgefahr geht vornehmlich vom Öl in den Transformatoren aus. Alternativ wird die Verwendung von pflanzlichen Ölen geprüft, von denen eine geringere Brandgefahr ausgeht. Ein Ausbreitungsrisiko auf die übrigen Anlagenteile ist aber gering, so dass ein Transformator im Falle eines Brandes kontrolliert abbrennen könnte.

Die Anforderungen der Muster-Richtlinie über Flächen für die Feuerwehr Fassung Februar 2007 (zuletzt geändert durch Beschluss der Fachkommission Bauaufsicht vom Oktober 2009), Brandenburgische Bauordnung (BbgBO) § 5 und Verwaltungsvorschrift Technische Baubestimmungen VVTB in der jeweils gültigen Fassung sind bei der Vorhabenumsetzung einzuhalten. Für das Vorhaben ist ein Feuerwehrplan nach DIN 14095 zu erstellen (Brandschutzkonzept). Die örtliche Feuerwehr wird nach Inbetriebnahme der FF-PVA in die Örtlichkeiten und die Anlagentechnik eingewiesen.

Im Rahmen des Baugenehmigungsverfahrens wird der Brandschutznachweis mit konkreten Auflagen und Bedingungen zum vorbeugenden und abwehrenden Brandschutz vorgelegt. Dazu wird ein projektbezogenes Brandschutzkonzept mit konkreten Aussagen zu Flächen für die Feuerwehr (Feuerwehrezufahrten zum und auf dem Betriebsgelände, Bewegungsflächen), Feuerwehrezugang und zur Art und Umfang der Löschwasserversorgung erstellt. Der Löschwasserbedarf wird in Abhängigkeit von der baulichen Nutzung (zzgl. sind Art und Umfang der Nebenanlagen zu berücksichtigen) und der Gefahr der Brandausbreitung festgelegt und muss über den Zeitraum von zwei Stunden nachweislich gesichert sein.

Denkmalschutz

Es stehen keine Objekte im Änderungsbereich oder in der näheren Umgebung unter Denkmalschutz.

Nach aktuellem Kenntnisstand sind im Bereich der Änderung des Flächennutzungsplans auch keine Bodendenkmale bekannt. Wenn bei Erdarbeiten Funde oder auffällige Bodenverfärbungen entdeckt werden, ist gemäß § 11 BbgDSchG die zuständige untere Denkmalschutzbehörde zu benachrichtigen und der Fund und die Fundstelle bis zum Eintreffen von Mitarbeitern oder Beauftragten des Landesamtes für Bodendenkmalpflege in unverändertem Zustand zu erhalten. Verantwortlich ist hierfür der Entdecker, der Leiter der Arbeiten, der Grundstückseigentümer sowie zufällige Zeugen, die den Wert des Fundes erkennen. Die Verpflichtung erlischt 5 Werktage nach Zugang der Anzeige.

Altlasten/ Kampfmittel

Eine Bodenbelastung mit Altlasten oder Kampfmitteln ist nicht bekannt.

Immissionen

Während der Bauphase kommt es durch den Baustellenverkehr zu zeitlich begrenzten Lärmimmissionen. Während der Betriebsphase sind keine wesentlichen Lärmimmissionen auf die nächstgelegene Wohnbebauung zu erwarten. Im Nahbereich der Anlage können, z. B. durch Wechselrichter und Kühleinrichtungen betriebsbedingte Lärmemissionen entstehen. Aufgrund des Abstandes zur nächstgelegenen Wohnbebauung von mindestens 400 m werden keine Beeinträchtigungen durch Emissionen erwartet.

Nach dem derzeitigen Stand der Wissenschaft treten relevante Reflexionen und Blendwirkungen nur bei fest montierten Modulen in den Morgen- bzw. Abendstunden auf. Der Einwirkungsbereich ist auf die im Südosten und Südwesten angrenzenden Flächen begrenzt. Bei Entfernungen zu den Modulen über 100 m sind die Einwirkungszeiten gering und beschränken sich auf wenige Tage im Jahr. Insbesondere im Sommer fallen die Reflexionen sehr flach aus. (Einfallswinkel der Sonnenstrahlen = Ausfallswinkel der Reflexionen). Zum derzeitigen Kenntnisstand lassen sich störende Blendwirkungen an der nächstgelegenen Wohnbebauung aufgrund der Lage zu den Modulen und aufgrund des Abstandes von mindestens 400 m ausschließen. Die Module sind in ihrer Oberfläche und Ausrichtung unabhängig davon so zu gestalten, dass keine störenden Blendwirkungen hervorgerufen werden.

Eine mögliche Blendwirkung im Zusammenhang mit dem Verkehr auf der Kellerschen Straße / L22 wird im Rahmen des weiteren Verfahrens in einem noch zu erstellenden Blendgutachten untersucht. *Wird im weiteren Verfahren ergänzt.*

Trinkwasserschutz

Der Änderungsbereich liegt außerhalb von Trinkwasserschutzzonen.

Klimaschutz/ Klimaanpassung

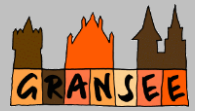
Im Zuge der Umstellung der Energiegewinnung in Deutschland auf regenerative Energien, kann bei der Aufstellung einer Photovoltaikanlage von einer Klimaschutzmaßnahme gesprochen werden. Zusätzlich ist zu erwähnen, dass es insgesamt zu einer geringen Bodenversiegelung kommt und die Baumaßnahmen größtenteils reversibel sind.

Auswirkungen auf Schutzgebiete

Es sind keine Naturschutzgebiete, Nationalparke, Landschaftsschutzgebiete, Biosphärenreservate, Naturparke, Naturdenkmale, Europäisches Netzwerk Natura 2000 / FFH- oder SPA-Gebiete oder gesetzlich geschützte Biotope betroffen.

Schutz der Alleen und gesetzlich geschützter Bäume

Laut Brandenburgischen Ausführungsgesetz zum Bundesnaturschutzgesetz vom 21. Januar 2013 sind Alleen und einseitige Baumreihen an öffentlichen Verkehrsflächen gesetzlich geschützt. Südlich und westlich des Änderungsbereichs befinden sich beiderseits der Kellerschen Straße / L 22 und des Weges nach Sonnenberg Alleegebäude. Diese werden durch die Flächennutzungsplanänderung jedoch nicht beeinträchtigt. Im nachgeordneten Bebauungsplanverfahren werden entsprechend notwendige Abstände beachtet.



Geschützte Arten

Neben den besonders geschützten Biotoptypen gibt es einzelne Pflanzen- und Tierarten, die nach nationalen und/ oder internationalem Recht einen besonderen Schutz genießen. Im Zuge der verbindlichen Bauleitplanung (Aufstellung des Bebauungsplans N. 2 „Solarpark Kellersche Straße“) erfolgte eine Biotoptypenkartierung mit der Erfassung der geschützten Arten, um eine mögliche Beeinträchtigung ausschließen zu können.

Der Umgang mit geschützten Tier- und Pflanzenarten wird nach § 44 BNatSchG (Zugriffsverbote) geregelt. Grundsätzlich ist es verboten, geschützte Tierarten zu fangen, zu verletzen oder zu töten, den Erhaltungszustand einer lokalen Population der streng geschützten Tierarten und der europäischen Vogelarten durch Störung zu verschlechtern und die Lebensstätten der besonders geschützten Arten zu beschädigen. Besonders geschützte Pflanzenarten dürfen nicht entnommen oder ihre Standorte beschädigt werden.

Für Vorhaben, die nach den Vorschriften des Baugesetzbuches zulässig sind, gelten diese Verbote nur eingeschränkt. § 44 Abs. 5 BNatSchG legt fest, dass bei nach EU-Recht geschützten Arten und europäischen Vogelarten ein Verstoß gegen das Verbot der Zerstörung von Lebensstätten nicht vorliegt, wenn die ökologische Funktion der Lebensstätten im räumlichen Zusammenhang weiter gewahrt bleibt. Für sonstige, nicht nach Europarecht geschützte Tier- und Pflanzenarten, gelten die Verbote des § 44 BNatSchG nicht.

Im Rahmen der Artenkartierung erfolgte eine erste Betrachtung für folgende Artengruppen, die hier zusammengefasst wiedergegeben wird:

Europäische Vogelarten

Im Untersuchungsraum (Plangebiet und nähere Umgebung) konnten insgesamt 20 Vogelarten nachgewiesen werden, davon innerhalb des Plangebietes als gefährdete Art nach der Roten Liste Brandenburgs nur die Feldlerche mit drei nachgewiesenen Exemplaren mit (möglichem) Brutvogelstatus.

Als streng geschützte Art konnte in der Umgebung des Plangebietes nur ein einzelner Kranich im westlich angrenzenden Feuchtbioptop (südwestliche vom Jordansee) festgestellt werden.

Die anderen bei der Kartierung des Untersuchungsraumes erfassten Arten treten sämtlich außerhalb des Plangebietes als Brutvogelarten oder lediglich als Nahrungsgäste in Erscheinung. Insgesamt 18 dieser Vogelarten gehören der Roten Liste Deutschlands an. Zur Roten Liste Brandenburgs zählen 2 ermittelte Vogelarten in der Umgebung des Plangebiets, dabei handelt es sich um Dorngrasmücke und Girlitz.

Die Brutvogelgemeinschaft des Plangebietes und dessen Umgebung wird überwiegend durch typische Arten des Offen- und Halboffenlandes, in den miterfassten Randbereichen auch durch Arten der Wälder bestimmt. Die Brutvogelfauna entspricht dem typischen Inventar vergleichbarer Landschaften im Raum. Aufgrund der intensiven agrarischen Nutzung der Flächen fehlen besonders empfindliche oder anspruchsvolle Brutvogelarten weitestgehend. Nur im Bereich der Gehölzstrukturen der Alleen und der Feuchtbioptope außerhalb des Geltungsbereiches konnten einige bemerkenswerte Arten festgestellt werden.

Die Errichtung der Photovoltaikanlage ist ausschließlich auf landwirtschaftlichen Nutzflächen vorgesehen (intensiv bewirtschaftete Sandackerflächen). Eine Beanspruchung der an das Plangebiet angrenzenden linearen Gehölzstrukturen oder der im Westen befindlichen Feuchtbioptope ist nicht geplant.

Etwaige vorhabenbedingte Beeinträchtigungen beschränken sich somit auf Arten, die ihren Brutplatz innerhalb der Ackerflächen des Plangebietes haben. Entsprechend der Kartierungsergebnisse 2024 ist damit ausschließlich eine Betroffenheit der Feldlerche (mehrere Brutreviere auf den beanspruchten Ackerflächen) zu konstatieren. Für diese Art sind bau- und anlagebedingte Brutplatzverluste zu erwarten. Sollte die Baufeldfreimachung im Frühjahr oder Sommer, also innerhalb der Brutzeit der Arten stattfinden, sind zudem Individuen- / Gelegeverluste infolge des Baugeschehens möglich.

Reptilien

Im Zuge der Reptilienkartierung 2024 wurden zwei Schlangenarten (Ringelnatter und Blindschleiche) im Untersuchungsbereich nachgewiesen. Lediglich an einem Standort am nordwestlichen Rand des Plangebietes wurde in unmittelbarer Nähe zum Baugebiet eine einzelne Blindschleiche vorgefunden. Die weiteren Funde erfolgten am Jordanpfuhl. Beide Standorte werden durch die Planung nicht beeinträchtigt.

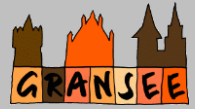
Amphibien

Das eigentliche Plangebiet ist frei von Gewässern. Als mögliches Amphibienlaichhabitat kommen die westlich des Plangebiets vorhandenen Feuchtbioptope Jordansee und Jordanpfuhl in Betracht. Aufgrund der Lage der Feuchtbioptope westlich des Weges nach Sonnenberg, der für Amphibien eine gewisse Barriere zum Plangebiet darstellt, und des geplanten 35 m breiten Grünstreifens zwischen dem Weg und des geplanten Baugebietes, wurde auf eine Kartierung von Amphibien verzichtet.

2.9 Verfahren

Der Flächennutzungsplan des Amtes Gransee und Gemeinden (FNP) wurde am 30.04.2002 wirksam. Seitdem wurden mehrere Änderungs- und Ergänzungsverfahren durchgeführt, weitere Änderungen befinden sich derzeit im Aufstellungsverfahren. Der Bereich der 19. Änderung wird durch die anderen FNP-Änderungsverfahren nicht berührt.

Der Amtsausschuss des Amtes Gransee und Gemeinden hat am 07.10.2024 auf Grundlage des § 2 Abs. 1 Baugesetzbuch (BauGB) den Beschluss zur Einleitung des Verfahrens zur 19. Änderung des Flächennutzungsplans (FNP) des Amtes Gransee und Gemeinden für den Geltungsbereich „Solarpark Kellersche Straße“ in der Gemeinde Schönermark gefasst. Die 19. Änderung des Flächennutzungsplanes des Amtes Gransee und Gemeinden wird im zweistufigen Regelverfahren aufgestellt.



2.10 Rechtsgrundlagen

Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung der Bekanntmachung vom 3. November 2017 (BGBl. I S. 3634), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Dezember 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 394);

Verordnung über die bauliche Nutzung von Grundstücken (Baunutzungsverordnung - BauNVO) in der Fassung der Bekanntmachung vom 21. November 2017 (BGBl. I S. 3786), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 3. Juli 2023 (BGBl. 2023 I Nr. 176);

Verordnung über die Ausarbeitung der Bauleitpläne und die Darstellung des Planinhalts (Planzeichenverordnung - PlanZV) vom 18. Dezember 1990 (BGBl. 1991 I S. 58), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 14. Juni 2021 (BGBl. I S. 1802);

3. Umweltbericht

Der Umweltbericht wird im weiteren Verfahren ergänzt.